

# Die Migration entscheidet über die Zukunft Deutschlands

Philipp Deschermeier / Wido Geis-Thöne, 19.12.2024

**Bis zum Jahr 2040 dürfte Deutschland der IW-Bevölkerungsprognose zufolge rund 4,8 Millionen Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 66 Jahren durch Zuwanderung gewinnen. Wäre dies nicht der Fall, hätte das Ausscheiden der geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer aus dem Erwerbsleben in den nächsten Jahren deutlich dramatischere Folgen.**

Während es in den 1950er und 1960er Jahren in Deutschland noch zu einem regelrechten Babyboom gekommen war, werden seitdem weit weniger Kinder geboren als für den Erhalt des Bevölkerungsbestands notwendig wären. Dabei sind die Geburtenzahlen innerhalb von nur elf Jahren von 1,36 Millionen im Jahr 1964 auf nur noch 780.000 im Jahr 1975 zurückgegangen (Statistisches Bundesamt, 2024a). In den vergangenen Jahrzehnten hatte dies zur Folge, dass ein relativ großer Teil der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter und am Arbeitsmarkt aktiv war. Jetzt erreichen die Babyboomer allerdings sukzessive das Rentenalter (Deschermeier/Schäfer, 2024).

Um die Jahrtausendwende warnten viele Experten vor den Auswirkungen dieser demografischen Verschiebung. So kamen etwa auch BMFSFJ et al. (2004) in einer im Jahr 2004 veröffentlichten Studie zu dem Ergebnis, dass das Erwerbspersonenpotenzial nach einem leichten Anstieg in den 2000er Jahren von 42,0 Millionen im Jahr 2010 über 39,5 Millionen im Jahr 2020 und 35,2 Millionen im Jahr 2030 auf nur noch 32,3 Millionen

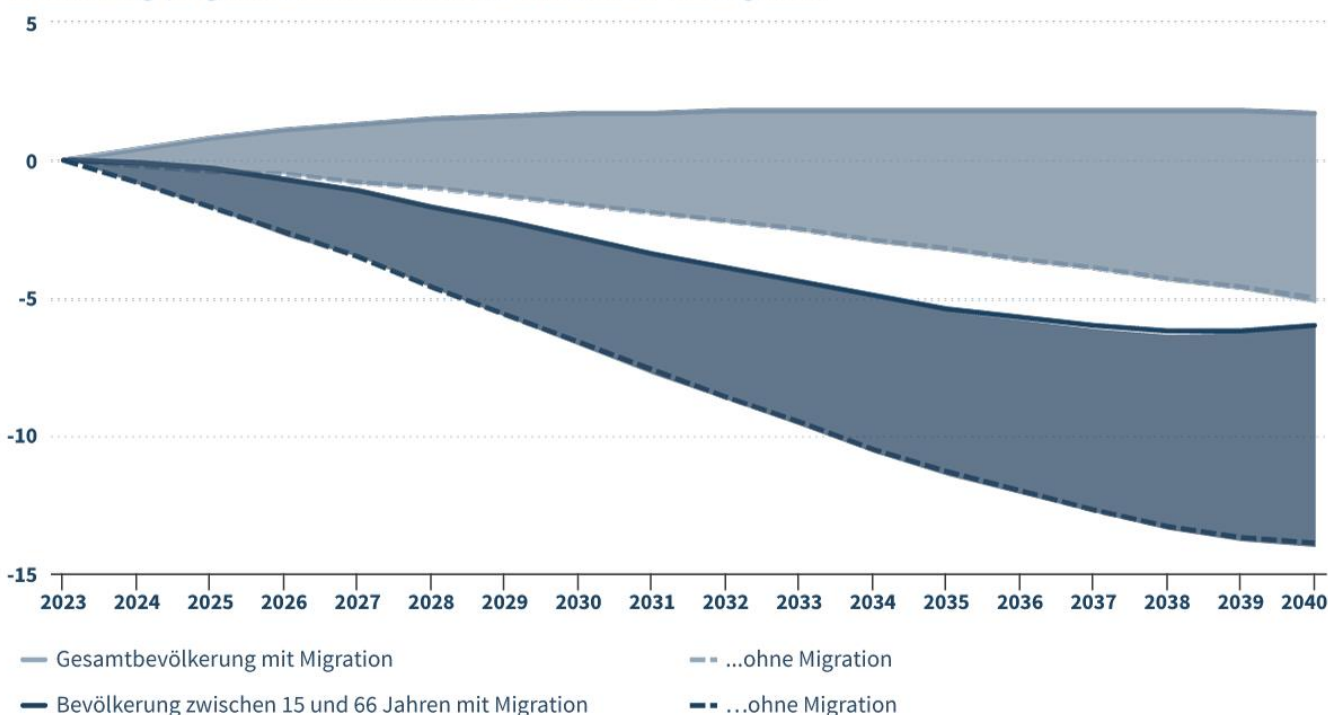
im Jahr 2040 sinken würde. Vor diesem Hintergrund wurden in den 2000er Jahren auch sehr weitreichende Maßnahmen zur Stärkung der Arbeitskräftebasis im demografischen Wandel, wie insbesondere der Übergang zur Rente mit 67 und der Ausbau der frühkindlichen Betreuung, beschlossen.

Tatsächlich ist die Zahl der Erwerbspersonen zwischen den Jahren 2010 und 2020 von 43,7 Millionen auf 46,4 Millionen gestiegen und hat bis zum Jahr 2023 sogar ein Niveau von 47,1 Millionen erreicht (Statistisches Bundesamt, 2024b), was allerdings nicht nur ein Erfolg dieser Maßnahmen ist. Vielmehr hat in den 2010er Jahren darüber hinaus eine weit stärkere Zuwanderung stattgefunden, als erwartet wurde. So kommt man auf einen Gesamtgewinn von 4,5 Millionen Personen, wenn man die Wanderungssalden der Jahre 2010 bis 2019 aufaddiert. In den Jahren 2020 bis 2023 waren es weitere 2,7 Millionen. Damit einhergehend ist auch die Gesamtbevölkerung in Deutschland nach einem Rückgang zwischen den Jahren 2002 und 2011 bislang stetig angestiegen (Statistisches Bundesamt, 2024a; eigene Berechnungen).

Derzeit ist in Fachkreisen die Meinung vorherrschend, dass sich die starke Zuwanderung der letzten Jahre weiter fortsetzen wird. Entsprechend werden in den einschlägigen Bevölkerungsvorausberechnungen in der Regel auch vergleichsweise große Migrationsströme nach Deutschland angenommen. Dies hat wiederum

# Bevölkerungsentwicklung mit und ohne Zuwanderung

Veränderungen relativ zum Stand des Jahres 2023 in Prozent laut IW-Bevölkerungsprognose und laut IW-Bevölkerungsprognose mit abweichender Annahme einer Nullmigration



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Deschermeier (2024)

zur Folge, dass erwartet wird, dass die Gesamtbevölkerung auf absehbare Zeit auch weiterhin nicht rückläufig sein wird und der Rückgang bei der Erwerbsbevölkerung weit schwächer ausfallen wird, als dies mit dem Ausscheiden der Babyboomer aus dem Arbeitsmarkt an sich zu erwarten wäre.

Um deutlich zu machen, welche Bedeutung die Migrationsannahmen für die erwartete zukünftige Bevölkerungsentwicklung haben, wurde mit der IW-Bevölkerungsprognose ermittelt, was passieren würde, wenn keine Migration stattfände. Zu diesem hypothetischen Gedankenexperiment ist anzumerken, dass die Annahmen zur Migration in der IW-Bevölkerungsprognose mittels eines stochastischen Modells aus den Entwicklungen der Vergangenheit abgeleitet werden, womit sich der nach aktuellem Stand plausibelste Wert ergibt (Deschermeier, 2024). Während die Gesamtbevölkerung im Grundmodell der IW-Bevölkerungsprognose zwischen den Jahren 2023 und 2040 noch um 1,7 Prozent steigt, geht sie ohne Migration um 5,0 Prozent zurück (Abbildung). Der Bevölkerungsgewinn durch die in den nächsten Jahren noch zuwandernden Personen und ihre Kinder liegt bis zum Jahr 2040 bei 6,2 Millionen

Personen oder 7,3 Prozent der erwarteten Gesamtbevölkerung. Betrachtet man nur Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 66 Jahren, ergäbe sich ohne Migration bis zum Jahr 2040 ein Rückgang um 13,9 Prozent im Vergleich zu nur 6,0 Prozent bei der Entwicklung mit Migration. Der Bevölkerungsgewinn durch Migration liegt hier bei 4,8 Millionen Personen oder 9,2 Prozent.

Weltweit können nicht mehr Personen zu- als abwandern. Deutschland kann also nur durch Migration Bevölkerung gewinnen, wenn diese gleichzeitig anderswo verloren geht. Dies liegt allerdings im Interesse vieler Länder, da die Geburtenraten vielerorts noch hoch sind und die Bevölkerungen entsprechend stark wachsen. Gleichzeitig sind die Wohlstandsgefälle in der Welt sehr groß. So gäbe es weltweit wahrscheinlich auch deutlich mehr Personen im erwerbsfähigen Alter, die gerne nach Deutschland kommen würden, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten, als zum Schließen der demografischen Lücken notwendig wären.

Allerdings hat die Erfahrung der vergangenen Jahre gezeigt, dass sich nicht alle zuwandernden Personen gleich gut in den deutschen Arbeitsmarkt integrieren.

Gelingt dies nicht, können die wirtschaftlichen Folgen des demografischen Wandels nicht spürbar abgemildert werden. Problematisch wäre es aus fiskalischer Sicht, wenn statt Nettozahlern von Steuern und Sozialabgaben vor allem Personen ins Land kämen, die längerfristig auf staatliche Transferleistungen angewiesen wären. Daher geht die deutsche Migrationspolitik derzeit bei Personen, die ohne gültige Dokumente einreisen, auch zunehmend restriktiver vor.

Gleichzeitig wird gezielt auf einen verstärkten Zuzug von am deutschen Arbeitsmarkt gesuchten Fachkräften hingearbeitet. Allerdings ist der Personenkreis, der über die notwendigen Qualifikationen verfügt oder diese zeitnah in Deutschland erwerben kann und wandlungsbereit ist, weltweit beschränkt. Zudem haben auch andere (Einwanderungs-)Länder ein Interesse daran, diese qualifizierten Fachkräfte für sich zu gewinnen. Dabei konnte Deutschland im vergangenen Jahrzehnt eine sehr starke erwerbsbezogene Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedsländern realisieren, die in Zukunft vor dem Hintergrund des auch dort stark voranschreitenden demografischen Wandels so kaum mehr möglich sein wird (Geis-Thöne, 2022).

Obschon Deutschland in den letzten Jahren auch zunehmend mehr Fachkräfte in demografiestarken außereuropäischen Staaten, wie Indien gewinnen konnte, bestehen an dieser Stelle Risiken. Insbesondere könnte eine weitere Verschlechterung der konjunkturellen Lage in Deutschland nicht nur einen Rückgang der Zuwanderung, sondern auch eine Abwanderungsbewegung zuvor zugewanderter und in Deutschland ausgebildeter Fachkräfte in andere hochentwickelte Länder auslösen. In den nächsten Jahren wird diese Gefahr sogar noch größer, da sich mit der Verschiebung der demografischen Grundstruktur der Bevölkerung das Verhältnis zwischen den staatlichen Leistungen und den Steuern und Abgaben fast zwangsweise verschlechtern muss und Deutschland so als Wohnort für international mobile Fachkräfte ökonomisch unattraktiver werden könnte. In der Geschichte der Bundesrepublik gab es auch bereits Phasen einer (Netto-)Abwanderung (Statistisches Bundesamt, 2024a).

Sollte es in den nächsten Jahren anstatt der erwarteten starken Zuwanderung erneut zu einer Phase der Abwanderung kommen, würde dies die negativen

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen des demografischen Wandels noch dramatisch verstärken. Vollständig ausschließen lässt sich eine derartige Entwicklung nicht, obschon sie nach derzeitigem Stand sehr unwahrscheinlich erscheint. Deutlich eher ist damit zu rechnen, dass die Migrationssalden zwar positiv bleiben, aber deutlich kleiner als erwartet ausfallen. Hierauf muss sich die Politik einstellen und Maßnahmen zur Eindämmung der negativen Folgen des demografischen Wandels, etwa im Bereich der Rente, ergreifen, die auch bei einer ungünstigeren Bevölkerungsentwicklung tragfähig sind. Auch muss sie die Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten noch stärker fördern, um den zum Schließen der Lücken am Arbeitsmarkt notwendigen Zuzug qualifizierter Personen zu erreichen.

## Literatur

BMFSFJ – Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend / Institut der deutschen Wirtschaft Köln / Bundesverband der Deutschen Industrie, 2004, Bevölkerungorientierte Familienpolitik – ein Wachstumsfaktor, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93378/f69d2de931f53c80b960fe4a3f61d5af/bevoelkerungsorientierte-familienpolitik-ein-wachstumsfaktor-data.pdf> [18.11.2024]

Deschermeier, Philipp, 2024, IW-Bevölkerungsprognose 2024. Eine Datengrundlage zur Gestaltung der Herausforderungen des demografischen Wandels, in: IW-Trends, 51. Jg., Nr. 3, S. 65-88

Deschermeier, Philipp / Schäfer, Holger, 2024, Die Babyboomer gehen in Rente, IW-Kurzbericht, Nr. 78, Köln / Berlin

Geis-Thöne, Wido, 2022, Die Bedeutung der Zuwanderung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands, IW-Analyse, Nr. 151, Köln

Statistisches Bundesamt, 2024a, GENESIS-Online Datenbank, <https://www-genesis.destatis.de/datenbank/online/> / [18.11.2024]

Statistisches Bundesamt, 2024b, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (Inländer), Zeitreihe <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/liste-bevoelkerung-erwerbstaetigkeit.html#129430> <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/liste-bevoelkerung-erwerbstaetigkeit.html> - 129430[18.11.2024]